

Hessischer Rechnungshof ließ prüfen:

Schlechte Noten für die Personalwirtschaft

Prüfer stellen Unwirtschaftlichkeit fest – Amtsführung des Bürgermeisters mangelhaft

Im Auftrag des Hessischen Rechnungshofes hat die Kienbaum Management Consultants GmbH die Personalwirtschaft der Stadt Karben unter die Lupe genommen. Was die unabhängigen Prüfer des renommierten Personalberatungsunternehmens feststellten, lässt die Amtsführung von Bürgermeister Detlev Engel in einem äußerst schlechten Licht erscheinen.

Von administrativen Mängeln ist im Prüfungsbericht die Rede. Die Aktenführung sei unübersichtlich, unwirtschaftlich und anfällig für Manipulationen. Und regelmäßige Personalbeurteilungen werden – obwohl gesetzlich vorgeschrieben – nicht durchgeführt. Weil für die Mitarbeiter der Verwaltung zudem keine besonderen, schriftlichen Stellenbeschreibungen existieren, ist nach Auffassung der Prüfer nicht eindeutig, ob die gezahlten Gehälter tatsächlich angemessen sind. Eine Personalplanung findet in Karben praktisch nicht statt. Laut Kienbaum-Bericht werden weder Personalbedarfsbemessungen noch Wirtschaft-

lichkeitsprüfungen oder systematische Aufgabenkritik vorgenommen. Folge solcher Versäumnisse ist ein unwirtschaftlicher Einsatz des Personals. Auch bei Neueinstellungen wird offenbar nicht zuerst fachgerecht überprüft, ob und in welchem Umfang zusätzliches Personal überhaupt erforderlich ist. Bürgermeister Engel trifft solche Entscheidungen auf Zuruf der Ämter und lässt sich diese dann durch den mehrheitlich mit Parteigenossen besetzten Magistrat absegnen. Die Praxis der Fortbildung wird ebenso als nicht wirtschaftlich eingestuft. Die Prüfer monieren, dass es kein eigenständiges Fortbildungskonzept mit

Bedarfsermittlung gibt. Aufgefallen ist ihnen auch, dass die Aufgaben- und Kompetenzverteilung in der Verwaltung nicht effektiv ist. Zentrale Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse beim Bürgermeister führen zu umständlichen Verwaltungsabläufen.

Warum ein Grüner Ortsvorsteher wurde

Mit Heinz Schülke hat Groß-Karben jetzt einen Grünen als Ortsvorsteher. Er ist Nachfolger von Dieter Wagner (CDU), der sich im März aus der Politik zurückgezogen hat, um Jüngeren Platz zu machen. Die entscheidenden Stimmen gaben Schülke die CDU-Vertreter im Ortsbeirat.

Eine Niederlage für Rüdiger Trebing (SPD). Auch er wäre gerne Ortsvorsteher geworden. Trotz rot-grüner Koalition in der Stadtverordnetenversammlung ist die Karbener SPD über die Wahl Schülkes so verbittert, dass sie auf die CDU-Vertreter im Ortsbeirat jetzt hemmungslos einprügelt. Gleich zwei Seiten des Propaganda-Blattes „Karbener Spiegel“ hat die SPD dazu verwendet, um üble Spekulationen über die Hintergründe der Wahl zu verbreiten. Dabei ist die Erklärung ganz einfach. Lesen Sie auf Seite 3, warum ein Grüner Ortsvorsteher wurde.

Personalentscheidungen im Rathaus:

Das Parteibuch als Karriere-Voraussetzung?

Offensichtlich fehlen im Rathaus die Instrumente eines modernen Personalmanagements. Zwangsläufig stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien die Entscheidungen über Einstellung und Vergütung der Beschäftigten getroffen werden. „Im Klartext“ hatte schon im Februar 1995 über Indizien dafür berichtet, dass das Parteibuch eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Denn von den zehn höchsten Beamtenstellen sind mindestens neun mit SPD-Mitgliedern besetzt. Gerade in dieser Gruppe wurden in den vergangenen Jahren immer wieder Beförderungen ausgesprochen, zuletzt Anfang dieses Jahres, kurz vor

der Kommunalwahl. Wie sich durch die Kienbaum-Untersuchung jetzt herausstellte, geschah dies ohne fundierte Stellenbewertung. Im Übrigen darf die Frage gestellt werden, ob die in den letzten Jahren neu geschaffenen und mit SPD-Mitgliedern besetzten Stellen überhaupt erforderlich sind. Personalbedarfsbemessungen wurden laut Prüfungsbericht jedenfalls nicht vorgenommen. So bleiben Personalentscheidungen weitestgehend undurchsichtig, was von einem „politischen Bürgermeister“ – so bezeichnet Detlev Engel sich selbst – vielleicht auch gewollt ist. Der Parteibuchwirtschaft wegen?

Was Kienbaum im Einzelnen feststellte

Der Bericht der Kienbaum Management Consultants GmbH über die Prüfung der Personalwirtschaft der Stadt Karben hat eine Länge von 46 Seiten. „Im Klartext“ gibt nachfolgend Auszüge aus dem Bericht wieder. Dies sind allerdings nur die „Highlights“. Die kritischen Passagen sind so umfangreich, dass sie hier nicht vollständig abgedruckt werden können.

... Ein eigenständiges Personalamt mit insgesamt 2,5 Beschäftigten inklusive Amtsleitung ist aufbauorganisatorisch als nicht effektiv und zu klein einzustufen, um als eigenständiges Amt zu fungieren. Zudem ist die Aufgaben- und Kompetenzverteilung nicht effektiv, da die Führungskräfte mit geringen Kompetenzen ausgestattet sind (zentrale Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse beim Bürgermeister). Diese Regelungen führen zudem zu umständlichen Verwaltungsabläufen, die zu Verzögerungen in der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen führen. ...

Stellenmehrbedarf wird in Karben vom jeweiligen Fachamt lediglich mündlich beim Bürgermeister angemeldet ... Der Bürgermeister prüft den Mehrbedarf und trifft eine Vorentscheidung. Eine organisationsmethodische Bedarfsbemessung wird jedoch nicht durchgeführt.

Neben den einmaligen Aufgaben- oder Leistungserfassungen (Organisationsana-

lyse) werden in Karben auch keine ständigen Methoden zur Leistungserfassung ... angewandt. Für eine systematische, auch mittel- bis langfristig ausgerichtete Einsatzplanung (bis zur Ermittlung des aufgabenbedingten Fortbildungsbedarfs) fehlen somit der überprüften Stadt die grundlegenden Informationen. ...

Die Eingruppierung [Vergütung der Mitarbeiter] erfolgt ... ohne die Zugrundelegung einer besonderen, schriftlichen Stellenbeschreibung. ... Die tatsächliche Angemessenheit der Eingruppierung ist allein aus den vorhandenen Unterlagen nicht eindeutig ableitbar. ...

... Die Fallaktenprüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass keine Regelbeurteilungen [der Beamten] erfolgen. Dies ist als Verstoß gegen §§ 21, 22 Hessische Laufbahnverordnung zu beurteilen. ...

Die Stadt Karben verfügt nicht über ein eigenständiges Fortbildungskonzept mit einer Bedarfsermittlung und einem daraus

resultierenden Programm. ... Eine Evaluierung [Überprüfung] des Fortbildungserfolgs findet nicht statt. Die derzeitige Praxis der Fortbildung ist – mit Ausnahme der EDV-Schulungen, die notwendiges Basiswissen vermitteln – nicht wirtschaftlich. ...

Insgesamt stellen sich die Kernprozesse der Personalwirtschaft und der Personalentwicklung defizitär dar. Dies führt zu einer Personalwirtschaft, die weite Bereiche von Flexibilisierungs- und Rationalisierungsansätzen nicht berücksichtigt bzw. die Wirtschaftlichkeit der derzeitigen Maßnahmen nicht nachweisen kann.

Auch die Möglichkeit, kurzfristigen Personalbedarf über interne befristete Personalumsetzungen zu decken, wird nicht genutzt. Möglicherweise vorhandene, freie Mitarbeiterkapazitäten werden weder eruiert [ermittelt] noch an das Personalamt gemeldet oder angezeigt. ...

Konkrete bereits vorhandene Möglichkeiten der Erhöhung von Flexibilität und des Ausschöpfens von Rationalisierungspotenzialen werden in Karben auch bezogen auf einzelne Stellen nicht ausgeschöpft.

Die personalwirtschaftlichen Instrumente der Stadt Karben sind überwiegend auf die Personalverwaltung und nicht auf ein aktiv gestaltendes Personalmanagement ausgerichtet. Dadurch wird notwendiger Handlungsspielraum verschenkt. ...

Die Stadt Karben verzichtet weitgehend auf eine strategische Ausrichtung der kommunalen Personalressourcen. Eine aufgabenkritische Durchforstung des kommunalen Leistungsspektrums fand im Untersuchungszeitraum in keinem der ausgewählten ... Prüfungsschwerpunkte statt. Auf langfristig notwendige Veränderungen kann daher nicht frühzeitig eingegangen werden. Insbesondere fehlen systematische Aufgaben- bzw. Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsanalysen, die als Basis für einen zukunftsorientierten Personaleinsatz dienen könnten.

Die Personalverwaltung leidet unter administrativen Mängeln. Es werden keine regelmäßigen Personalbeurteilungen durchgeführt, und die Aktenführung ist ... unübersichtlich, unwirtschaftlich und anfällig für Manipulationen.



Kurz nach den Kommunalwahlen kam auf Einladung der CDU-Fraktion Polizeipräsident Manfred Meise (3. v. l.) nach Karben. Er ist seit der Neuorganisation der hessischen Polizei zum 1. Januar 2001 für die gesamte Region Mittelhessen zuständig. Fraktionsvorsitzender Dr. Stefan Zahradnik (1. v. r.) zeigte die Situation am Bahnhof Groß Karben — der Ort, an dem sich Karbens Einwohner nach einer CDU-Umfrage aus dem Jahr 1999 am unsichersten fühlen. Mit dabei (v. l. n. r.): Polizeidirektor Gerhard Anhäuser, der die Polizeidirektion Wetterau leitet, Stadtverordnete Ingrid Lenz, der Leiter der Polizeistation Bad Vilbel Wilfried Dilo sowie Alfons Bachmann, der Ehrenvorsitzender der Karbener CDU, der als Sicherheitsberater für Senioren tätig ist. In einer Besprechung nach der Besichtigung am Bahnhof erläuterte Zahradnik dem Polizeipräsidenten die wichtigsten Punkte des CDU-Konzeptes für mehr Sicherheit in Karben: Mehr Polizeipräsenz, Videoüberwachung am Bahnhof und eine Verlegung der Ortspolizeibehörde in das alte Bahnhofsgebäude.

Einen umfangreicheren Auszug aus dem Bericht finden Sie im Internet:

<http://www.im-klartext.de>

Warum ein Grüner Ortsvorsteher wurde

Neuer Ortsvorsteher von Groß-Karben ist Heinz Schülke. Der 59-jährige Importkaufmann wohnt in der Assenheimer Straße und gelangte auf der Liste der Grünen in den Ortsbeirat.

Ein Grüner als Ortsvorsteher? Dies ist bisher einmalig in der Geschichte Karbens. Ungewöhnlich ist, dass nicht die SPD-Stimmen, sondern die der CDU Schülke den Wahlerfolg brachten.

Verbittert über die Niederlage ihres eigenen Kandidaten setzt die SPD nun wilde Gerüchte in die Welt. „Im Klartext“ klärt über die wahren Hintergründe der Wahl auf:

1 Die Wahl des Ortsvorstehers ist eine Persönlichkeitswahl. Offenheit, Ehrlichkeit und ein fairer Umgang mit politisch Andersdenkenden sind für die CDU Charaktereigenschaften, die einen guten Ortsvorsteher auszeichnen. Als Vorsitzender des Ortsbeirats muss er integrieren können und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglichen, statt zu polarisieren und auf Andere mit Polemik einzuprügeln. Wie die beiden CDU-Vertreter im Ortsbeirat erfüllt auch Schülke diese Voraussetzungen. Er ist ein von Vie-

len geschätzter und über die Parteigrenzen hinweg geachteter Politiker. Anders verhält sich Rüdiger Trebing, der SPD-Kandidat für das Amt des Ortsvorstehers. Trebing hat bereits im Vorfeld der Kommunalwahl polemische Rundumschläge gegen die CDU verteilt. Und über die Vorstellungen der CDU-Kandidaten für den Ortsbeirat Groß-Karben hat er sich in der Presse lustig gemacht. Schülke erschien daher als der geeignetere Kandidat – wohl mit Recht, wie sich herausgestellt hat. Denn Trebing, der unmittelbar nach seinem Scheitern noch vollmundig eine gute Zusammenarbeit versprach, versucht nun, die CDU-Kollegen im Ortsbeirat durch üble Verleumdungen fertig zu machen. Dies zeigt, dass es richtig war, Schülke zu unterstützen, statt sich auf einen Losentscheid mit dem Risiko einer Wahl Trebing einzulassen.

2 Die Übereinstimmung der politischen Ziele für Groß-Karben waren ein weiterer ausschlaggebender Grund für die Wahlentscheidung im Ortsbeirat. Denn die meisten Vorstellungen der CDU werden von Schülke unterstützt. Ausgenommen davon ist die Nordumgehung. Als Grüner ist Schülke Gegner dieser Maßnahme, von der CDU wird die Entlastungsstraße befürwortet. Da die Entscheidung hierüber jedoch nicht in die Zuständigkeit des Ortsbeirats fällt, war dies für die Wahl des Ortsvorstehers

unerheblich. Unterschiedliche Auffassungen über den Bau von Straßen haben auch die SPD nicht gehindert, in der Stadtverordnetenversammlung mit den Grünen zu koalieren, ihnen sogar das Amt des Ersten Stadtrats zu versprechen. Spricht die SPD damit gegen die Nordumgehung?

CDU für den Bau der Nordumgehung

Während in Bad Vilbel ab Herbst diesen Jahres die Bagger für die dortige Nordumgehung rollen werden, ist der Baubeginn für die Groß-Kärber Nordumgehung weiterhin nicht absehbar. Um von ihrer verfehlten Politik in dieser Frage abzulenken, behauptet die SPD neuerdings wider besseren Wissens, die CDU sei gegen den Bau der Entlastungsstraße. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

Als die CDU im vergangenen Jahr nämlich ein Finanzierungsmodell in die Stadtverordnetenversammlung einbrachte, wurde dies durch die rot-grüne Koalition blockiert – entgegen den Lippenbekenntnissen der Sozialdemokraten, sich für diese Straße einzusetzen. Nach diesem Finanzierungsmodell schießt die Kommune Baukosten vor, die ihr später vom Land zurückgezahlt werden. Hierdurch kann die Nordumgehung Bad Vilbel zeitnah realisiert werden.

Grund für das jetzige Ablenkungsmanöver der SPD ist wohl, dass das Versprechen von Detlev Engel vor der Bürgermeisterwahl, die Nordumgehung sei im August 2002 im Bau, nicht einzuhalten sein wird.

Sitze im Ortsbeirat Groß-Karben

	1993	1997	2001
CDU	2	2	2
SPD	3	2	2
Grüne			1
FWG		1	

Neuer Fraktionsvorstand gewählt

Mit einer verjüngten Führungsmannschaft ist die CDU-Fraktion in der Karbener Stadtverordnetenversammlung in die neue Wahlperiode gestartet. Als Vorsitzender wurde der 32-jährige Diplom-Kaufmann Dr. Stefan Zahradnik bestätigt. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Mario Beck und Jürgen Hintz (siehe Bild von links nach rechts). Der 21-jährige Mario

Beck aus Klein-Karben beendete kürzlich seinen Wehrdienst und wird ab Oktober studieren. Jürgen Hintz wohnt in Groß-Karben. Der 50-jährige Diplom-Betriebswirt ist in einer Bank in Frankfurt tätig. Komplettiert wird der Fraktionsvorstand durch seine Geschäftsführerin Marita Scheurich. Die 36-jährige Kloppenheimerin ist kaufmännische Sachbearbeiterin.



Homepage des CDU-Stadtverbandes:

<http://www.cdu-karben.com>

Impressum

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union
Stadtverband Karben
Im Sauerborn 4, 61184 Karben
Tel. (06039) 7568

Redaktion:

Mario Beck, Herbert Kötter,
Dr. Jürgen Milnik, Eva-Maria Römer

Auflage:

8.300 Exemplare



Kurz notiert

Karlfred Heidelberg bestätigt

Die Roggauer waren sich einig: Karlfred Heidelberg (CDU) hat seine Arbeit als Ortsvorsteher gut gemacht. Dies schlug sich im Wahlergebnis nieder. Er erhielt von den 535 Wählern insgesamt 522 Stimmen und schnitt damit so gut ab wie kein anderes Ortsbeiratsmitglied in Karben. Seine Wiederwahl als Ortsvorsteher in der ersten Beiratssitzung war reine Formsache.

Ortsbeiräte konstituiert

Auch in Kloppenheim stellt die CDU die Ortsvorsteherin. Das Amt bekleidet wie zuvor Marita Scheurich. In den anderen Stadtteilen wurden folgende CDU-Mitglieder zu stellvertretenden Ortsvorstehern gewählt: Mario Beck in Klein-Karben, Jürgen Hintz in Groß-Karben, Harald Bange in Okarben, Sascha Schwind in Rendel und Helmut Michalke in Petterweil.

Jetzt drei Stadträte der CDU

Mit Otmar Stein, Guido Rahn und Helga Fritsch stellt die CDU durch ihr verbessertes Wahlergebnis nun drei Stadträte im Karbener Magistrat – bisher waren es nur zwei.

Entlastung verweigert

Wegen erheblichen Mängeln in der Haushaltsführung und der explosionsartigen Entwicklung der städtischen Verschuldung hat die CDU-Fraktion dem Magistrat die Entlastung verweigert. Der Magistrat hatte durch das eigene Rechnungsprüfungsamt schlechte Noten erhalten. Überhaupt nicht schlimm ist dies für SPD und Grüne. Mit ihren Stimmen wurden die Verfehlungen einfach unter den Teppich gekehrt.

Engel rastete aus

Wenn Argumente ausgehen, wird auf persönliche Beleidigungen zurückgegriffen. Nach diesem Motto agierte jüngst Bürgermeister Engel. Völlig zusammenhangslos hielt er Dr. Stefan Zahradnik vor, ohne entsprechende Qualifikation beruflich aufgestiegen zu sein. Engel: „Ihre Position steht Ihnen gar nicht zu.“ Dabei hat Zahradnik zwei Diplome erlangt, gehörte jeweils zu den besten Absolventen. Zahradniks Qualifikation zu bewerten, ist Angelegenheit von dessen Arbeitgebern, nicht die des Bürgermeisters. Angesichts des vernichtenden Urteils über seine eigene Arbeit als Personaldezernent (siehe Seite 1) sollte er sich bei der Beurteilung beruflicher Fähigkeiten lieber zurückhalten.

CDU-Initiative zeigt Wirkung:

Schumacher-Schule wächst jetzt auch räumlich

1.500 Schüler, rund 80 Lehrer: Die Kurt-Schumacher-Schule (KSS) ist mittlerweile die größte Schule im Wetteraukreis. Jetzt wird dem endlich auch räumlich Rechnung getragen. Zur Zeit baut der Kreis mit finanzieller Beteiligung der Stadt vier weitere Klassenräume zwischen Alt- und Neubau, nachdem die CDU sowohl in den Friedberger Gremien als auch in der Stadtverordnetenversammlung die Initiative hierfür ergriffen hatte. Schließlich stieß der CDU-Antrag in Karben auf eine breite Mehrheit – wie

bereits zwei Jahre zuvor, als auf Vorschlag des damaligen CDU-Stadtverordneten Dieter Wagener eine finanzielle Förderung der seinerzeit neu eingerichteten Oberstufe von jährlich 30.000 Mark beschlossen wurde. Aber auch aus Wiesbaden kommt Unterstützung für die KSS: 14 neue Lehrer wurden allein mit Beginn des Schuljahres 1999/2000 eingestellt. Gerade in Karben ist spürbar, dass Ministerpräsident Roland Koch mit der von ihm versprochenen Unterrichtsgarantie Ernst macht.



Die Bauarbeiten an den vier neuen Klassenräumen der KSS sind fast abgeschlossen.

Koalition des Stillstands statt überparteilicher Vernunft

Drei Monate nach der Kommunalwahl haben sich SPD und Grüne auf eine Fortsetzung ihrer Koalition geeinigt. Dabei ist eine Koalition auf kommunaler Ebene gar nicht notwendig, da der Magistrat praktisch nicht abgewählt werden kann und somit keine ständige Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung braucht. In der derzeitigen Situation könnte nur eine Zusammenarbeit aller Parteien, das heißt wechselnde Mehrheiten für einzelne Sachfragen, die schwierigen Probleme der Stadt lösen. Zum Beispiel wären CDU und Grüne in der Lage, eine durchgreifende Verwaltungsreform durchzusetzen und die ausufernde Verschuldung zu stoppen. Mit der SPD ist dies nicht möglich. Dagegen ist eine Zusammenarbeit von SPD und CDU notwendig, um endlich die Nordumgehung zu realisieren.

Warum also keine überparteiliche Kooperation? Der einzige Grund, warum SPD und Grüne ihre Koalition des Stillstands fortsetzen, ist die Versorgung mit Personalposten: Noch in diesem Jahr wird Rot-Grün einen weiteren hauptamtlichen Stadtrat wählen, der im Jahr 2003 für die SPD in den Bürgermeister-Wahlkampf ziehen soll, da Detlev Engel bekanntlich nicht mehr kandidieren will. Sein potenzieller Nachfolger soll durch den Magistratsposten aufgebaut werden – Wahlkampf auf Kosten des Steuerzahlers also. Was für die Grünen bei dem Deal rauspringt? Sollte der SPD-Kandidat zum Bürgermeister gewählt werden, bekommen sie den Sessel des Ersten Stadtrats. Die einzigen, die dieses „Geschäft“ noch verhindern können, werden die Wähler sein.